

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Michael Müller MdB und
Horst Peter MdB zum Erfordernis von neuem Denken und neuer Offenheit: Gedanken zu einer Ampelkoalition.
Seite 1

Wolfgang Roth MdB zu
Hausmanns Haltung zur
MBB/Daimler-Fusion: Nackte
Interessenpolitik dominiert.
Seite 4

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB
zu US-Plänen, die Contra in
Nicaragua vor der Auflösung
zu bewahren: Selbstbestimmung
muß auch für Zentralamerika
gelten.
Seite 6

44. Jahrgang / 148

4. August 1989

Gedanken zu einer Ampelkoalition

Zum Erfordernis von neuem Denken und neuer Offenheit

Von Michael Müller MdB und Horst Peter MdB

Die Bürgerinnen und Bürger haben es nach sieben Jahren Wende satt: Die provinzielle Inkompetenz des Helmut Kohl, die endlosen Phrasen des Norbert Blüm, die folgenlosen Ankündigungen von Klaus Töpfer, die deutsch-nationale Anbiederung eines Theo Waigels oder die naßforschende Ignoranz des Otto Graf Lambsdorff. Die Regierungsparteien haben keine Mehrheit mehr. Das zeigen die Wahlergebnisse, das signalisiert die Stimmung „draußen“. Der Geruch des politischen Abwirtschaftens ist derart penetrant geworden, daß selbst früher so erfolgreiche Rezepte wie staatsmännische Fernsehinszenierungen, Themawechsel oder erfolgreiche Rezepte wie staatsmännische Fernsehinszenierungen, Themawechsel oder Kabinettsrevirement, alles zusammen diesmal „großer Befreiungsschlag“ genannt, nicht mehr zu helfen vermögen. Soweit die Bestandsaufnahme, aber Klarheit ergibt sich daraus dennoch nicht.

Denn dies ist kein gedeckter Scheck für einen Regierungswechsel 1990. Das sollte nicht übersehen werden. So konnte auch 1980 die sozialliberale Koalition die Bundestagswahl in der besonderen Konstellation gegen Franz-Josef Strauß gewinnen, obwohl eine inhaltliche Mehrheit fehlte und trotz der vorherrschenden Machbarkeitsphilosophie die Übereinstimmungen der Regierungspartner dünn geworden waren.

Heute kennzeichnet Unübersichtlichkeit die politische Lage in der Bundesrepublik. Die Koalitionspartner quälen sich zwar mühsam über die Runden, aber auch die Opposition zeigt bei allem redlichen Bemühen (noch) zu wenig Dynamik für eine Erneuerung der Republik. Im Gegenteil: durch eigene Fehler läuft sie Gefahr, mit in den Strudel eines politischen Überdrusses zu geraten. So ist es vor allem die Erosion am rechten Wählerstrand, welche die Situation zuspitzt und die Union in einen aufreibenden Richtungsstreit zwischen Anpassung oder Abgrenzung treibt: die Republikaner sind los!

Das Parteienspektrum differenziert sich nicht nur links, es verschiebt sich auch auf der rechten Seite. Keiner der beiden „Blöcke“ - rot-grün oder schwarz-gelb - kann sich auf eine solide Mehrheit

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
and printed in Bonn
Kreuznach-Verlag



verlassen. Unter diesen Bedingungen sind gängige Polarisierungen ebenso realitätsfern wie Hermann Rappes Empfehlung zur großen Koalition. Eingefahrene Rituale helfen nicht weiter, verstärken letztlich nur eine populistische Radikalisierung und verfestigen jene Politikdistanz, die vor allem die großen Parteien trifft. Um das Dilemma nicht noch zu vergrößern, ist es richtig, frühzeitig eine Zukunftsdebatte über neue politische Modelle und Konzepte zu beginnen.

Notwendig ist es, behagliche Abgrenzungen zu verlassen und neue Konstellationen auszuloten. Dies betrifft vor allem die Möglichkeit zwischen rot-gelb-grün, die wohl realistische Chance für einen Wechsel. Eine solche Veränderung kann sich aber nicht in einem neuen formalen Design erschöpfen. Es fordert alle beteiligten Partner vor allem konzeptionell heraus. Betonköpfe, Fundis und Lobbyisten müssen es schwer haben.

Ein politischer Wechsel ist nicht mit einem vornehmlich nur taktischen Rezept zu erreichen, wie es der Grüne Dietrich Wetzol vorgeschlagen hat. Die FDP als Schutzschild gegen die Wirtschaft und zugleich als Dompueur gesellschaftlicher Reformpläne. Wo soll in dieser Arbeitsteilung, wo die Grünen angeblich die Ideen, die SPD die Durchsetzungsfähigkeit und die FDP die Bremsrolle einbringen, das qualitativ Vorwärtsweisende liegen, außer daß Hans-Dietrich Genscher selbstverständlich der Außenminister bleibt?

Die heute festzustellenden Grenzen im Wachstum der Zustimmung für Sozialdemokraten und Grüne sind letztlich auch ein Indikator dafür, daß trotz der tiefen Krise des Regierungssystems Kohl Opposition allein noch kein ausreichender Grund für einen Wechsel ist. Und politischer Anspruch ersetzt noch lange kein Reformprogramm zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Aber genau hierin liegt die Voraussetzung für eine tragfähige und weiterführende Orientierung. Über einen veränderten Stil hinaus müssen vor allem qualitativ neue Inhalte konkretisiert werden. Wir brauchen einen fundierten Aufbruch in eine neue Phase gesellschaftlicher Reformen.

Die Wende von 1982 gelang mit der Behauptung, das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ sei gekommen und die neoliberal-konservativen Konzepte führten zurück in die „herrlichen Zeiten des Wirtschaftswunders“. Die Sozialdemokraten bezahlen teuer dafür, daß sie in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Dimension gesellschaftlicher Umwälzungen verkannten und sich einem immer mehr wirtschaftsliberalen Regierungspartner anpaßten anstatt wie bei der Ostpolitik Reformkompetenz zu mobilisieren. So entstand das programmatische Vakuum, das bis heute fortwirkt.

Das konservative Wendebündnis setzt dagegen auf eine rigorose Erneuerung privater Wirtschaftsmacht durch eine soziale Entfesselung der Produktivkräfte und des Individuums. Die ungezügelte Entfaltung der Marktkräfte sollte den Humus für die erneute Festigung konservativer Werte und wirtschaftlicher Vorherrschaft liefern. Während in den 50er und 60er Jahren die überwiegend religiös-klerikal, national-traditionell und kleinbürgerlich geprägte Basis der Union in deutlicher Distanz zur industriellen Modernisierung stand, sieht der Neokonservatismus seit 1982 gerade in der Entfesselung des Kapitalismus die Chance zur Wiederherstellung altbewährter Lebenswelten mit Familie und Nation als primäre Instanzen. Und damit trifft er sich mit den Vorstellungen der Wirtschaftsliberalen, für die der Marktrigorismus die Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit im internationalen Konkurrenzkampf ist.

Hier aber liegt das grundlegende Dilemma der Wendepolitik. Sie verwechselt Ursache mit Wirkung bei der gesellschaftlichen Krisenlösung, wenn sie einerseits an überholten Wertvorstellungen festhält, ja sie sogar lautstark für sich postuliert, aber andererseits auf die ungebremste Entfaltung technisch-ökonomischer Modernisierung setzt. Dieser Widerspruch zwischen gestern und High-Tech liefert beständig Anlaß für Richtungsauseinandersetzungen und fördert das Erstarken neuer rechts-populistischer Parteien. Das Debakel ist groß: Der schonungslose Wirtschaftskurs verschärft die sozialen Probleme, kann die gesetzten Hoffnungen nicht einlösen und entwertet auch noch weiter die konservativen Traditionen und Bindungen.

Insofern erfordert die Erweiterung der sozialen und politischen Basis eines Reformbündnisses zuerst eine inhaltliche Orientierung aller Beteiligten. Und sie ist eben nicht, wie häufig leider die Praxis, eine taktische Frage. Richtig ist sicher die Einschätzung, daß eine nur knappe Rot-Grün-Mehrheit intern und extern rasch „ins Trudeln“ gerät. Gelb kann - wenn es seine Liberalität wieder entdeckt - hier stabilisieren helfen. Ein solches Bündnis ist nur tragfähig, wenn es von allen Beteiligten als eine Herausforderung für ein neues Denken begriffen wird. Dafür muß sich auch die FDP inhaltlich und personell verändern und darf nicht allein aus (dann allerdings wechselseitigen) Machtinteressen hinzu kommen. Die Lambsdorff-FDP zeichnet sich bislang wahrlich nicht durch Innovation aus, sie erscheint eher als eine opportunistische Partei, die ihre Segel nach dem Wind setzt. Bei einer Fortschreibung des Status-quo wird sie diesmal nicht so leicht davonkommen. Sie wird sich allem Wortgeklingel ihres Präsidiums zum Trotz, inhaltlich öffnen müssen, wenn sie nicht durch ihr Verhalten (indirekt) für eine Stärkung und eventuelle Regierungsbeteiligung der Republikaner verantwortlich werden will.

Unter diesen Bedingungen könnte die FDP nicht die Blockadegrenzen der Regierungspolitik bestimmen. Rot-grün-gelb müßten auf eine kulturelle und politische Lernfähigkeit setzen. Dies erfordert den Diskurs über eine Zusammenführung und Weiterentwicklung der drei wichtigen gesellschaftlichen Leitideen der Moderne - soziale Gerechtigkeit, ökologischer Umbau und progressive Liberalität - aktiv organisieren. Schon heute sollten hierfür überparteiliche Netzwerke gebildet werden, um die programmatischen Aspekte substantiell zu füllen und die erstarrten Verhältnisse ins Rutschen zu bringen. Gespräche zwischen allen Parteien, die heute im Bundestag sind, über inhaltliche Fragen, sollten selbstverständlich sein. Bislang wurden hier jedoch die Grünen ausgegrenzt, so daß die Aufregungen über die rot-grünen Gespräche Ausdruck einer Unkultur sind, die es schnell zu überwinden gilt. Von allen Parteien wird neue Offenheit verlangt ebenso eine größere Unabhängigkeit von bornierten Organisationsinteressen. Niemand kann glauben, daß der ökologische Umbau machbar ist, solange ein Partner FDP nur nach „Deregulierung“ schreit.

Eine Ampelkoalition darf nicht das Ziel haben, progressive Ideen zu zähmen. Die FDP kann eine wichtige Rolle einnehmen, wenn sie die Praxistauglichkeit neuer Konzepte hinterfragt, die sozial-ökologische Erneuerung aber nicht blockiert. Und auch den Grünen täte es gut, ihre Umsetzungsdefizite im inhaltlichen Dialog mit anderen Parteien abzuarbeiten. Dies erfordert von allen einen politischen Stil, der auf fundamentale Weise radikal ist, aber zugleich kompromißfähig bleibt. Er darf nicht ausgrenzen, auch nicht zu einer oppositionellen CDU.

Wir brauchen einen politischen Wechsel in der Bundesrepublik und zwar spätestens 1990. Die Union muß sich in der Opposition erneuern. Nur so können letztlich heimatlos gewordene Wähler der Republikaner wieder zurückgeholt werden - wie das die Konservativen nach 1969 auch mit der NPD geschafft haben. Eine Ampelkoalition wäre hierfür eine Voraussetzung.

(-/4.8.1989/vo-he/rs)

Nackte Interessenpolitik dominiert

Zu Haussmanns Haltung zur MBB/Daimler-Fusion

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der vergangene Dienstag wird als „schwarzer Tag für den Wettbewerb“ in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Denn an diesem Tag hat die Monopolkommission ihr prinzipielles Okay zu einer Übernahme von MBB durch Daimler-Benz gegeben. Für den Bundeswirtschaftsminister ist diese prinzipielle Zustimmung eine letzte Ermunterung, per Ministerentscheid die gegenteilige Verfügung des Bundeskartellamtes umzustoßen.

Minister Haussmann kann nun sogar Auflagen der Monopolkommission außer Acht lassen und einer glatten Fusion den Zuschlag erteilen - zumal die Unternehmensleitung von Daimler immer wieder unmißverständlich klargemacht hat, daß sie bei scharf greifenden Auflagen lieber auf den Kauf von MBB-Anteilen verzichten werde, als sich Bedingungen auferlegen zu lassen: Das ist die ganz normale Reaktionsweise eines Wirtschaftsriesen im Umgang mit dem Staat. Dies ist im übrigen ein Vorgesmack auf künftige Reaktionen des mit 380.000 Arbeitnehmern bald größten privaten Unternehmens der Bundesrepublik.

Minister Haussmann kann man in diesem Zusammenhang nicht einmal einen Hauch von Tragik und Getriebensein absprechen. Einmal unterstellt, der amtierende Bundeswirtschaftsminister habe tatsächlich ernst machen wollen mit den vielen Bekenntnissen zu Marktwirtschaft und Wettbewerb, dann hätte er vor dem schweren Dilemma gestanden, faktische Fusions-Zusicherungen seines nach Brüssel abgewanderten Vorgängers Martin Bangemann widerrufen und aufheben zu müssen. Wer die Zwänge eines Bundeswirtschaftsministers kennt, der wird einräumen müssen, daß dies eine Zwickmühle ist.

Minister Haussmann hätte sich aber daraus befreien müssen - und können. Seine Zustimmung zur Fusion - ob aus Überzeugung oder aus einer Zwangslage heraus, spielt keine Rolle - wird dem Vertrauen vieler tausender Unternehmer in die staatliche Garantie eines funktionsfähigen Wettbewerbs großen Schaden zufügen.

Die Haltung von Bangemann wie Haussmann wirft so interpretiert ein Schlaglicht auf den wirtschaftspolitischen Kurs der amtierenden Bundesregierung insgesamt: Nackte Interessenpolitik dominiert; der Ausgleich unterschiedlicher Interessen und die klare, eindeutige Orientierung am Gemeinwohl stehen regelmäßig auf der Verliererseite. Das heißt auf die Fusion Daimler-MBB bezogen:

- Industriepolitisch ist eine Fusion nicht zu verantworten. Wer Zukunftsmärkte durch „Elefantenhochzeiten“ sichern oder sich gar erst noch erschließen will, der übernimmt sich. Unternehmen der entstehenden Größenordnung von Daimler-MBB lassen sich keine Zügel mehr anlegen und von - ich formuliere dies bewußt überspitzt - Oberamts- wie Ministerialräten kontrollieren. Das ist Fakt.
- Regionalpolitisch ist die Fusion verheerend. Zu den Konsequenzen der Fusion wird zählen, daß in Zukunft noch mehr forschungs- und technologiepolitische Subventionen nach Bayern wandern, die andernorts fehlen. Es ist eine immer wieder bestätigte Erfahrung, daß der Staat sich den „Elefanten“-Wünschen nach Subventionen nur schwer entziehen kann; solche Unternehmen verfügen darüber hinaus über die besten Bedingungen, sich als „Mitnehmer“ von Staatsknete zu betätigen.

- Haushaltspolitisch gesehen kann die Fusion nur mit Graven erfüllen. Schon heute ist es praktisch nicht mehr möglich, die Preisbildung auf dem Sektor für militärische Ausrüstungsgüter rational nachzuvollziehen. Künftig wird die Bundeswehr mit ihren Ausrüstungswünschen zu 80 Prozent am Tropf von Daimler hängen - das wird die Steuerzahler sehr teuer zu stehen kommen. Wenn man außerdem berücksichtigt, mit welcher Vehemenz sich das Bundeswirtschaftsministerium gegen eine stringenter Preisaufsicht für Rüstungsgüter durch den Bundesrechnungshof wehrt, ist sonnenklar, wohin die Reise gehen soll.
- Außenwirtschaftliche Argumente schließlich, die eine Fusion stützen sollen, überzeugen nicht. Der internationale Wettbewerb zwischen Herstellern von Rüstungsgütern ist in Wirklichkeit keiner. Wo moderne Militärtechnologie angeboten wird, da spielt der Preis nicht die erste Geige, sondern die Politik. Dies war ein zentrales Argument des Bundeskartellamtes und wenigstens das sollten wir im Laufe der langen Geschichte von Rüstungskäufen in den Vereinigten Staaten gelernt haben.

Mit Bestürzung kann überzeugte Marktwirtschaftler nur erfüllen, daß über die Fusion Daimler-MBB sogar der innere Konsens in der Monopolkommission zerbrochen ist. Deren bisheriger Vorsitzender, Professor Ulrich Immenga, hat das Handtuch geworfen, weil er keine Chancen mehr sieht, in der gegenwärtigen Besetzung der Kommission die wettbewerbsfördernde Grundlinie der Konzentrationsgutachter fortzuführen.

Dies muß erschrecken. Der Übergang zu Mehrheits- und Minderheitsgutachten der Monopolkommission, eine Unterordnung der Konzentrationsforschung unter Interessenpolitik wäre ein weiterer, schwerwiegender Verlust an Politikberatung in Bonn. Der Kurs des Sachverständigenrates hat in den vergangenen Jahren zu kritischen Fragen Anlaß gegeben, auch die Arbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. Ist nun die Monopolkommission an der Reihe? Es wäre sauber und konsequenz, wenn die gesamte Monopolkommission zurücktreten würde und nicht nur deren Vorsitzender. Auf diese Weise könnte ein Neuanfang gemacht und der „gefährliche Sündenfall“ - so die „Zeit“ über eine Zustimmung zur Fusion Daimler-MBB - wettgemacht werden.

(-/4.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Selbstbestimmung muß auch für Zentralamerika gelten

Zu US-Plänen, die Contra in Nicaragua vor der Auflösung zu bewahren

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Am kommenden Wochenende, vom 5. bis 7. August 1989, werden sich die Präsidenten von El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica zu einem Gipfelgespräch in Honduras treffen, um den in Esquipulas initiierten Friedensprozeß weiter voranzutreiben. Dabei wird es vor allem um die Auflösung der Contra gehen. Während die Sandinisten die beim letzten Gipfel im Februar 1989 gemachten Zugeständnisse erfüllt haben - Freilassung von 1.900 früheren Nationalgardisten, Vorziehen der Wahlen und Schaffung eines neuen Mediengesetzes - steht nämlich der im Gegenzug von den anderen vier Staaten zugesagten Plan zur Demobilisierung und Reintegration der gegen die nicaraguanischen Regierung operierenden Contras noch aus. Darüber hinaus will Nicaragua eine Vereinbarung darüber erreichen, daß die für den 25. Februar 1990 vorgesehenen Wahlen von den Vereinten Nationen überwacht werden.

Jetzt ist die Vorlage von einem Vertreter der „hard-liner“ in der US-Administration bekannt geworden, in dem Präsident Bush dazu aufgefordert wird, der Auflösung der Contra entgegenzuwirken. In einem persönlichen Schreiben soll er unter anderen die Präsidenten von Costa Rica, Honduras, Guatemala und El Salvador dazu drängen, die Contra wenigstens bis zu den nicaraguanischen Wahlen aufrecht zu erhalten und die Schließung des Contra-Büros in Miami rückgängig zu machen. Den Contra-Führern, denen seitens des State Departements bereits signalisiert worden war, daß vom Kongreß zukünftig lediglich finanzielle Hilfen zur Demobilisierung zu erwarten seien, soll weiteres Engagement zugesagt werden. Nach diesen Vorstellungen darf Bush keinesfalls zulassen, daß die Vereinten Nationen den Wahlprozeß überwachen und sich statt dessen für den Einsatz der OAS stark machen.

Es ist zu hoffen, daß derartige „Contra-Aktivitäten“ aus Washington nicht zum Zuge kommen werden. Die über weite Strecken von der US-Administration betriebene Obstruktions-Politik hat den mittelamerikanischen Friedensprozeß lange genug behindert. Die USA sollten endlich erkennen, daß das Wort „Selbstbestimmung“ auch für Zentralamerika gelten muß. (-/4.8.1989/vo-he/rs)

* * *